

MINISTAATEN

ZWISCHEN SPASS UND GRÖSSENWAHN

Schon mal etwas von der Republik Kugelmugel gehört, vom Fürstentum Sealand oder dem satirischen Proteststaat Conch? Über die Erde verteilt und neuerdings auch im Internet gründen Menschen immer mal wieder ihren eigenen Staat

Text: AXEL LIMBERG Illustrationen: SILKE ANDERSEN



Es war an einem Morgen, als Lars Vilks richtig ins Schwitzen kam. 3000 Einbürgerungsanfragen verstopften sein digitales Postfach. Unbürokratisch hatte der Außenminister von Ladonia stets auf ein Vorzimmer verzichtet – nun mußte er die ganze Arbeit allein erledigen. Nichts als Absagen hatte er zu verschicken. Denn die vielen Pakistani mit der Hoffnung auf ein neues Leben wollten wissen, wo sich in ihrer Noch-Heimat die Botschaft Ladonias befindet. Der schwedische Künstler Lars Vilks mußte passen. Denn sein Ladonia war und ist nur eine Cybernation. Kein Staat. Keine Botschaft. Keine Einreise. Nur eine Internetseite.

Für Lars Vilks ist es eine Kunstaktion, andere wollen mit solchen Gründungen echtes Staatswesen simulieren, wieder anderen geht es um Spaß und Rollenspiel. Viele der Schöpfungen sehen echten Staaten auf den ersten Blick täuschend ähnlich. So ähnlich, daß die Zentralafrikanische Republik ein-

mal bei der »Dominion of Melchizedek« anfragte, ob sie nicht eine Botschaft eröffnen wolle. Die Dominion gibt im Internet an, Staatsgebiet über den ganzen Erdball verteilt zu besitzen, beispielsweise in der Antarktis. Ein einschlägig vorbestrafter Betrüger hat diese virtuelle Nation gegründet – und versuchte schon mit Unternehmen wie der Melchizedek-Bank, Gelder abzuzocken.

Während Cybernationen ganz gewiß keine Staaten im eigentlichen Sinne darstellen, fällt die Identifikation von Staaten in der realen Welt schwerer. Eine genauere Definition, nach der auch heute noch in Staat oder Nichtstaat unterschieden werden will, entstand 1933. Laut der »Konvention von Montevideo« hat ein Staat vier Eigenschaften aufzuweisen: Volk, Landbesitz, Regierung und »die Fähigkeit, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten«. Theoretiker meinen überdies, ein Staat würde nur dann existieren, wenn dieser von anderen Staaten als eben solcher offiziell anerkannt sei.

Dieses ganze Definieren führt indes oft nicht weiter. Beim Vatikan ist die Sache zumindest klar: Der kleinste von der UN anerkannte Staat hat etwa 550 Staatsbürger und eine absolute Wahlmonarchie. Der kleinste anerkannte Inselstaat der Welt ist zugleich auch kleinste Republik: Nauru liegt im Pazifischen Ozean, unweit Australiens, etwa 12 000 Einwohner beherbergt sie. 1968 erklärte sich Nauru unabhängig vom großen Nachbarn, seitdem hat das Land einen unvergleichlich schnellen Auf- und Abstieg erlebt. Zunächst war der Abbau von Phosphat in vollem Gange – ein Großteil der Insel bestand aus in Jahrtausenden angehäuften Vogelkot, aus dem sich Phosphat gebildet hatte. Durch diesen Bodenschatz konnte Nauru bald das höchste Pro-Kopf-Einkommen weltweit vorweisen, quasi von Geburt war man Millionär. Es mußten keine Steuern und Abgaben bezahlt werden, die medizinische Versorgung war kostenlos. War. Denn als die Bodenschätze zur Neige gingen, zeigte sich, daß der Staat und fast alle Bürger die Gewinne nicht zukunftssicher angelegt hatten. Nauru verarmte, das heutige Entwicklungsland steht nach Gläubigerforderungen vor dem Bankrott und Verlust seiner

Unabhängigkeit. Auch sonst sind die Aussichten für die kleinste Republik der Welt miserabel: Infolge der globalen Erwärmung wird der Meeresspiegel so stark ansteigen, daß Nauru wohl als einer der ersten Staaten im Ozean versinkt. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: Der Nauru-Tower in Melbourne, in dem mehr Menschen Platz haben, als Nauru Einwohner zählt, wird respektlos »Birdshit-Tower« genannt.

Wenig optimistisch sind auch die Aussichten für einen anderen Mikrostaat: das Fürstentum Sealand. Was nach einem Urlaubsparadies für gehobene Ansprüche klingt, ist in Wirklichkeit eine durchrostete Militärplattform in der rauen Nordsee vor England. Die Briten hatten die Abwehrstellung während des Zweiten Weltkriegs vor der Küste gebaut, danach geriet sie in Vergessenheit. Am Weihnachtsabend 1966 nahmen Paddy Roy Bates und sein Sohn Michael die knapp 47 Meter lange und gut 13 Meter breite Station »HMS Fort Rough« in ihren Besitz. Am 2. September 1967 rief Bates öffentlichkeitswirksam



MIT VIEL ACH UND MANCHMAL AUCH KRACH

Die italienische Dorfrepublik Seborga existiert seit 1995, sie zahlt Steuern an die Regierung in Rom, erklärt keine Kriege und zieht viele Touristen an. Neustaat Nauru im Pazifik mit seinen zwölftausend Einwohnern setzte seit seiner Gründung 1968 auf phosphatreichen Vogelkot, ist nun aber in der Krise

Sealand als kleinsten Staat der Welt aus. Die Einheiten der Navy ließen nicht lange auf sich warten, sie wollten die Station »zurückerobern«. Bates hielt sich die Angreifer allerdings mit Warnschüssen vom Leib. Nach diesem Kräfteessen brachte dann die britische Marine den ehemaligen Korvettenkapitän vor Gericht – und verlor, da sich das britische Gericht für nicht zuständig erklärte. Damals befand sich Sealand mit seinem Abstand von einigen Seemeilen zur Küste außerhalb des britischen Rechts- und Hoheitsgebietes.

Abseits der Streitereien mit Großbritannien geriet Sealand auch mit so manchem Gaunerstück in die Schlagzeilen. Hunderte Pässe, Diplomatenausweise und Führerscheine von Sealand, ob echt oder gefälscht, waren immer mal wieder beliebte Handelsware – sogar Andrew Cunanan, der Mörder von Gianni Versace, führte einen sealändischen Paß mit sich. Das dickste Ding aber ereignete sich im Spätsommer 1978: Entführung des Gründersohns und Besetzung des Zwergstaats. Allerdings nicht durch das benachbarte Königreich, sondern durch deutsche Geschäftsleute mit nationalsozialistischer Gesinnung. »Drei Tage bekam ich weder etwas zu essen, noch zu trinken, dann fesselten sie mich und drohten damit, mich ins Meer zu werfen«, erinnert sich Michael Bates, heute Staatsoberhaupt von Sealand. Er kam damals unbeschadet frei und konnte später die Plattform, gemeinsam mit seinem Vater und einer Handvoll Söldnern, zurückerobern.

28 Jahre sind seitdem vergangen, und immer noch bezeichnen sich hierzulande braune Gestalten als Teile einer Exilregierung Sealands. Wie Johannes Seiger, Exil-Ministerpräsident, der heute im brandenburgischen Trebbin lebt. Ein vermeintlicher Staatschef zwischen Besessenheit und Größenwahn. In seiner Neujahrsansprache für 2006 beschwert er sich über einen Mordanschlag, dem keine Behörde nachgehen will. Der Mann gibt Sätze von sich wie: »Wenn jemand Ufos sieht, sind das reichsdeutsche Flugscheiben.« Natürlich weigert er sich – als Ministerpräsident von Sealand –, Steuern an die Bundesrepublik zu entrichten.

Das Fürstentum, von dem er vertrieben wurde, könnte heutzutage nicht mehr entstehen: Denn inzwischen ist die internationale Rechtslage derart wasserdicht formuliert, daß auf Inseln keine neuen Staaten mehr ausgerufen werden können.

Bleiben die Versuche, Landstriche oder Stadtteile in Staaten umzuwandeln. Mehr oder weniger existent sind das Antike Fürstentum Seborga in Italien, die unabhängige Provinz Hutt River in Australien, der satirische Proteststaat Conch am südlichen Zipfel Floridas, der Freistaat Christiana, eine alterna-

tive Wohnsiedlung in Kopenhagen, sowie das Kunstobjekt der Republik Kugelmugel in Wien.

Als Giorgio Carbone am 23. April 1995 das Fürstentum Seborga ausrief, war das nur der vorläufige Höhepunkt der Unabhängigkeitsbestrebungen dieses kleinen Dorfes im italienischen Ligurien. Bereits Anfang der 60er Jahre wollte Carbone, damals wie heute Unternehmer, aber noch kein Fürst, nachgewiesen haben, daß die Ortschaft mit ihren etwa 2000 Einwohnern niemals wirklich zu Italien gehört hatte. Tatsächlich war das Areal während der vergangenen Jahrhunderte wohl die meiste Zeit ein unabhängiges Fürstentum – zum ersten Mal bereits im Jahre 954. Doch anno 2006 haben die Übermächtigen Italiens keinen Grund, sich an der vermeintlichen Unabhängigkeit zu stören: Die Seborghini zahlen fleißig Steuern, erklären keine Kriege und ziehen jede Menge Touristen an. Als beliebteste Souvenirs gelten die Münzen der alten Währung Luigino sowie die offiziellen Briefmarken Seborgas.

Die einen Freund, die anderen Feind: Australien und der Ackerbauer Leonard George Casley liegen im Dauerclinch. 1969 überwarf sich der Landwirt derart mit dem Staat, daß er seinen Großgrundbesitz, den Hutt River, für unabhängig erklärte. Die Schlagzeilen zu dieser Aktion waren groß, Australien geriet in die Defensive und ließ die Sache mehr oder weniger auf sich beruhen. Die Bevölkerung des Hutt River, etwa ein Dutzend Familienangehörige und ein paar nomadisch lebende Ureinwohner, erklärten Leonard George Casley später zum Fürsten. Gerade veröffentlichte er eine Verfassung für Hutt River, und für umgerechnet 500 Euro läßt sich die Staatsangehörigkeit beantragen. Einbürgerungspapiere nimmt beispielsweise die »Ständige Vertretung der Hutt River Province Principality« in Berlin, Mohnweg 3a, entgegen.

Auch die Errichtung der imaginären Conch Republic in Florida – zu der die Stadt Key West und einige kleinere Inseln gehören – resultierte aus einem Streit mit den örtlichen Behörden. 1982 wurde der Tourismus in der Region durch Kontrollen immer stärker behindert, der Bundesstaat Florida suchte nach Drogen und illegalen Einwanderern. Die Stadt Key West beschwerte sich, klagte – und rief dann am 23. April 1982 den satirischen Proteststaat Conch Republic aus. Am gleichen Tag erklärte man den USA den Krieg, kapitulierte allerdings zur selben Stunde bedingungslos und ersuchte um Hilfe zum Wiederaufbau.

Medienwirbel sorgte dafür, daß die Kontrollen schließlich eingestellt wurden. Im Januar 2006 trat die Conch Republic nun ein weiteres Mal in Erscheinung und okkupierte eine alte Brücke. Zuvor hatte



SPERRGEBIET UND SPIELZONEN

Enklaven: Der Kopenhagener Freistaat Christiana ist in Gefahr, die Ein-Mann-Republik »Kugelmugel« in Wien wehrt sich tapfer mit Zaun und existiert trotz diverser Rechtsstreitigkeiten seit 35 Jahren. Die »Bunte Republik Neustadt« Dresden, 1990 gegründet, löste sich hingegen 1993 wieder auf

Florida dieses Bauwerk als nicht zu den USA gehörend bezeichnet. Hintergrund: Auf der Brücke waren kubanische Flüchtlinge gelandet, und durch die Feststellung, die Brücke gehöre nicht zum Staatsgebiet, konnten sie wieder abgeschoben werden. Die Aktivisten der Conch Republic haben die Brücke besetzt, um derartige Ausreden zukünftig zu torpedieren.

Als Protestaktion begann 1971 auch die Geschichte des Freistaates Christiana, einer alternativen Wohnsiedlung in Kopenhagen. Das ehemalige Militärgelände wurde von einigen tausend Hippies, Aussteigern, Anarchisten und anderen Lebenskünstlern besetzt. Dieses »soziale Experiment« konnte vom dänischen Staat ob der Menschenmassen nicht einfach aufgelöst werden – und so leben heute Bewohner bereits in dritter Generation dort. Formal handelt es sich um eine staatlich geduldete autonome Kommune – samt eigener Straßenreinigung, Post und Schulen, jedoch ohne Mietverträge und Autos. Seit in Dänemark nun eine konservative Regierung im Amt ist, scheint sich die Cristiana-Ära ihrem Ende zu nähern: Der Haschisch-Verkauf wird nicht mehr toleriert, entsprechend bleiben Touristen und somit existentielle Einnahmen aus.

Um Einnahmen hingegen macht sich Edwin Lipburger-Kugelmugel, Staatsoberhaupt der Republik Kugelmugel in Wien, keine Sorgen. Eher darum, daß die Stadt sein Kugelhaus, zugleich seine Kunstrepublik, nicht ans Strom- und Wassernetz anschließen will. 1982 verlegte er seine Republik aus dem niederösterreichischen Dorf Katzelsdorf in die Stadt Wien. Vom ersten Tag an tritt man sich, und zwischendrin kam der Staatengründer auch schon einmal wegen Amtsanmaßung für zehn Wochen hinter Gitter. Im vergangenen April bezeichnete er die Weigerung der Gewerkschaft, sich für die Strom- und Wasserversorgung seiner Republik einzuset-

zen, als »ernste Staatskrise« Österreichs. Der Kunst- und Architekturbetrieb Wiens ignoriert Lipburger-Kugelmugel weitestgehend, was auch an der Haltung des eigenwilligen Behördenschrecks liegen mag: »Jeder Künstler, der mit seinem Tun und Denken einem irdischen Staat dient, ist sein Anbeter, sein Gefangener. Die Demokratie duldet im Grunde nur domestizierte Künstler.«

Auch nicht gerade wenige Dresdner hatten 1990 Probleme mit dem Staat, der sie umgab. Eine nach westlichem Muster etablierte Parteiendemokratie, die schnelle Einheit und die noch schnellere Einführung der Marktwirtschaft brachte eine Gruppe Linksalternativer dazu, die Bunte Republik Neustadt, kurz BRN, auszurufen. Drei Tage, vom 22. bis 24. Juni 1990, also eine Woche vor der Währungsunion, wurde nicht nur ein Stadtteilstück gefeiert, sondern auch eine Republik proklamiert, die in der äußeren Neustadt Dresdens immerhin drei Jahre lang »offiziell« bestehen sollte. Gregor Kunz, Monarch der 1. Republik, erklärt die Anfänge wie folgt: »Die Idee zur Bunten Republik entstand eines Nachmittags in der Bronx, das war eine Kneipe in der Alaunstraße, in einer Schwatzzrunde. Da haben wir das Ding innerhalb von zwei, drei Monaten aus dem Boden gestampft.« Es gab eine Regierung mit herrlich unnützen Ministeraufgaben: So forderte man den Anschluß an den Vatikan. Die BRN wurde mit weißen Strichen auf der Straße markiert, Schilder (»Hier beginnt das freie Territorium der Bunten Republik Neustadt«) angebracht. Es entstand ein eigenes Zahlungsmittel, die Neustadtmark, auf der Flagge wehte das Konterfei der Mickey Mouse. Die letzte BRN-Regierung von 1993 wollte sich dann am ersten Tag eines erneuten Straßenfestes symbolisch in der Elbe auflösen. Doch die wartende Presse bekam ihre Geschichte nicht – die scheidenden Minister erfrischten sich lieber in einer Kneipe. ●